GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Mannweiber, Urniden und sterile Jungfern : Die Frauenbewegung und ihre Gegner im Kaiserreich

Planert, Ute

2000

https://doi.org/10.25595/1157

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Planert, Ute: *Mannweiber, Urniden und sterile Jungfern : Die Frauenbewegung und ihre Gegner im Kaiserreich*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 18 (2000) Nr: 1, 22-35. DOI: https://doi.org/10.25595/1157.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-2000-0104

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Ute Planert

Mannweiber, Urniden und sterile Jungfern

Die Frauenbewegung und ihre Gegner im Kaiserreich

»Dem Mann der Staat, der Frau die Familie«: Das war das Credo einer Organisation, die im Frühsommer des Jahres 1912 den Blätterwald von Berlin bis Bregenz ins Rauschen brachte. »Echte Männlichkeit für den Mann« und »echte Weiblichkeit für die Frau« fordernd, trat in Weimar der »Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation« ins Leben und institutionalisierte damit den Abwehrkampf gegen die Veränderung überkommener Herrschafts- und Geschlechterverhältnisse, der sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Segmenten bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bemerkbar gemacht hatte. Wo und wie sich Widerstand gegen den feministischen Aufbruch der zahlreichen Frauenvereinigungen manifestierte, ist Gegenstand dieses Artikels, ebenso wie die Frage nach der sozialen und politischen Verankerung des antifeministischen Bundes und seiner Mitstreiter im Geschlechterkampf. Der Blick auf die Auseinandersetzungen zwischen den Frauenorganisationen und ihren Gegnern zeigt, daß nicht der linke, sondern der rechte Flügel der Frauenbewegung im Mittelpunkt antifeministischer Kritik stand. Dabei wird deutlich, daß es Emanzipationsgegnern gelang, Einfluß auf die Frauenpolitik von Kirche, Politik und Staat zu nehmen und in der Öffentlichkeit ein politisches Klima zu erzeugen, das feministische Politik in die Defensive drängte und den Handlungsspielraum einzelner Frauenorganisationen veränderte.

Vorab wird aber gerade in einem Heft, das den unterschiedlichen Facetten des »Geschlechterstreits« um 1900 gewidmet ist, zu klären sein, worauf sich der Begriff »Antifeminismus« in diesem Beitrag bezieht. Um dieses umfassende Thema für die Epoche des deutschen Kaiserreichs handhabbar zu machen, habe ich mich dafür entschieden, unter Antifeminismus nur die institutionalisierte Reaktion auf die Emanzipationsversuche der Frauenbewegungen zu verstehen. Deren organisatorische Klammer bildete der Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation, dessen Gründung 1912 nicht als Beginn, sondern als Kristallisationspunkt einer Reihe von antifeministischen Aktivitäten zu werten ist, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in unterschiedlichen Politikfeldern einsetzten. Antifeminismus wird so einerseits von Misogynie als durch Sinnsysteme legitimierte Überzeugung von der ontologischen Unterlegenheit des weiblichen Geschlechts und andererseits von Frauenfeindlichkeit abgegrenzt, unter der ich jene vielfältigen Strukturen und Prak-

tiken verstehe, die dazu dienen, die Diskriminierung von Frauen in die Tat umzusetzen oder fortzuschreiben. Nur durch diese bewußte Engführung des Antifeminismus-Begriffes und die heuristische Trennung überlappender Phänomene war es möglich, die vielfältigen gesellschaftlichen Einwände gegen weibliche Emanzipationsbestrebungen im Kaiserreich zu bündeln und den medialen Diskurs an eine soziale Basis rückzubinden (Planert 1998). Der Preis für diese in der Forschung immer wieder eingeforderte Vermittlung von Diskurs und sozialer Praxis ist freilich, daß bei einer solchen Vorgehensweise all jene antiemanzipatorischen Tendenzen aus dem Blick geraten, für die eine mittelbare oder unmittelbare Verbindung zum weit gespannten antifeministischen Netzwerk nicht nachzuweisen ist.

Der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation fand seine Verbündeten vor allem im nationalgesinnten und konservativen Bürgertum, in den Reihen des orthodoxon Protestantismus und der Inneren Mission, unter den Berufsverbänden der Lehrer, Beamten, Militäranwärter und Handlungsgehilfen, bei Medizinern, Juristen, Rassenhygienikern und Bevölkerungspolitikern sowie im ausgedehnten Vereinswesen der völkischen Bewegung, das zwischen Alldeutschem Verband, Deutschbund und dem finanzkräftigen Bund der Landwirte schon im Kaiserreich eine wichtige politische Größe darstellte. Sowohl in ideologischer als auch in organisatorischer Hinsicht ging Antifeminismus im Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation daher mit Antisemitismus, rechtsextremem Nationalismus und Antisozialismus einher. Aus diesem Grund bleiben frauenfeindliche Strömungen im Katholizismus in dieser Betrachtung ebenso außen vor wie der »proletarische Antifeminismus« der Sozialdemokratie oder die zwischen Haß und Verachtung changierenden Projektionen expressionistischer Künstler und männerbündischer Kriegsheroen.

Spätestens seit der Aufklärung hatte jeder deutlich wahrnehmbare Versuch von Frauen, die gesellschaftlich gesteckten Grenzen ihres Geschlechts zu überschreiten, zu Protesten aus zumeist männlicher Feder geführt. Das galt für die »Lesewut«-Diskussion des späten 18. Jahrhunderts (Weckel 1998) ebenso wie für die als Wissenschaft ausgegebene Idyllisierung der Familie als Reaktion auf die weiblichen Freiräume in der 48er-Revolution (Riehl 1855) oder den Wunsch nach einer Festschreibung der »Grenzen weiblicher Bildung« wie der weiblichen Einflußsphäre überhaupt[1] – Einschränkungen, die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Zuge des Aufstiegs der Naturwissenschaften zunehmend medizinisch begründet wurden.[2]

Blieben die professoralen Elaborate zunächst noch Erzeugnisse Einzelner, begannen das Geschlechterverhältnis und seine Veränderungen spätestens seit der Jahrhundertwende ein breites Publikum zu beschäftigen. Das zeigt nicht nur der Verkaufserfolg misogyner Traktate wie die bekannten Ausführungen zum »Physiologischen Schwachsinn des Weibes« eines Paul Julius Möbius und Otto Weiningers Bestseller »Geschlecht und Charakter«, sondern auch der Blick in die Tages- und Gebrauchsliteratur. Vielgelesene Zeitschriften wie der bildungsbürgerliche »Kunstwart« richteten eine eigene Rubrik zum Verhältnis von »Mann und Weib« ein, die »Preußischen Jahrbücher« machten sich Gedanken über die »psychologischen Folgen der Frauenemanzipation« (Bd. 110,

345), Broschüren prangerten den »Altjungfernkoller« an (v. Kotze 1904) und Spottverse wie Karikaturen nahmen die verkehrte Welt der Geschlechter aufs Korn (Bötticher 1906).

Ursache dieses öffentlichen Interesses waren neben dem Wandel in der Arbeitswelt die sich abzeichnenden Erfolge auf dem Gebiet der Frauenbildung sowie die Verbreiterung und Ausdifferenzierung der Frauenbewegung. Die Frauenerwerbstätigkeit nahm zwar nominell kaum zu, verlagerte sich aber zunehmend weg von traditionalen Bereichen in die modernen Sektoren von Handel, Verkehr und Industrie. Berufsverbände vertraten die Interessen ihrer weiblichen Mitglieder, Arbeiterinnen engagierten sich in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften. Über den Umweg des Lehrerinnenseminars, zunehmend aber auch durch die Öffnung von Gymnasien und Hochschulen boten sich privilegierten Frauen aus dem Bürgertum neue Wege der Lebensgestaltung jenseits der Versorgungsehe. Daß Frauen der Unterschichten aus ökonomischen Gründen arbeiten mußten, galt bürgerlichen ZeitgenossInnen als notwendiges Übel, doch im Kaiserreich wurde es zunehmend zum gesellschaftlichen Konsens, daß man auch den »Mädchen der vermögenslosen Mittelklassen« berufliche Existenzmöglichkeiten eröffnen müsse (Brockhaus 1884, 247).

Über die Bildungs- und Berufsfrage hinaus hatte die Fundamentalpolitisierung und der Trend zur Organisation das weibliche Geschlecht bis in konservative Kreise hinein erfaßt, so daß immer mehr Frauen sich zu den unterschiedlichsten Zwecken zusammenschlossen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts vertrat der radikale Flügel der Frauenbewegung offensiv die Forderung nach rechtlicher Egalität, sexueller Selbstbestimmung und politischer Mitwirkung in Kirchen, Kommunen und Staat, während auf Seiten der »Gemäßigten« neben dem Konzept der »Sozialen Mütterlichkeit« vielfach das Bekenntnis zum Nationalismus als Vehikel der Politisierung fungierte (Planert 2000). Die Öffnung politischer Vereine für Frauen durch die Revision des preußischen Vereinsgesetzes 1908 machte die Tendenz zur Politisierung schließlich unumkehrbar und bewirkte, daß sich Parteien, Parlamente sowie kommunale, kirchliche und staatliche Institutionen zunehmend häufiger mit der ›Frauenfrage‹ beschäftigten. Kein Wunder, daß August Bebel, der große alte Mann der SPD, in der Frauenbewegung die erfolgreichste aller sozialen Bewegungen sah (Bebel 1909, XXXI).

Jeder dieser emanzipatorischen Fortschritte rief in den entsprechenden Sektoren Gegner – und gelegentlich auch Gegnerinnen – auf den Plan, die sich 1912 der antifeministischen Liga anschlossen. Zu ihnen gehörten neben den von Konkurrenzfurcht geplagten männlichen Berufsverbänden auch Politiker aus den nationalliberalen, (deutsch)konservativen und antisemitischen Parteien sowie aus dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Ihr Antifeminismus speiste sich aus der Furcht, die Durchsetzung des Frauenwahlrechts könne der SPD den Wahlsieg bringen – eine Vorstellung, die nach dem enormen Stimmengewinn der Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl vom Januar 1912 breite Kreise des konservativ-nationalen Bürgertums in Angst und Schrecken versetzte.

Doch nicht immer waren es solch klare Interessenlagen, die Männer und auch Frauen (Planert 1996) zum antifeministischen Schulterschluß motivierten. Vielfach gab auch die politische Mentalität, die »Weltanschauung« den Ausschlag, die von reflektierten ideologischen Modellen bis zu einer mehr gefühlten als durchdachten Abwehrhaltung gegen eine Veränderung des herkömmlichen Geschlechtermodells reichte. Protestantisch-orthodoxe Anhänger des antifeministischen Bundes beriefen sich auf das Paulus-Gebot des »mulier taceat in ecclesia« (Glage 1915) oder mochten, wie konservative Mitglieder in den Landesverbänden der Inneren Mission, die Aufgabe der Frauen allenfalls in der karitativen Zuarbeit erblicken. Prominente Rassenhygieniker und Bevölkerungspolitiker, die sich der antifeministischen Vereinigung anschlossen, erachteten ebenso wie die Verfechter imperialistischer Expansion und militärischer Stärke etwa im Deutschen Wehrverein die Mutterschaftsleistung der Frauen als unentbehrlich für die machtpolitische Bedeutung des deutschen Staates und der »germanischen Rasse«. Von daher verurteilten sie jedwede Alternative zur vermeintlich ›natürlichen‹ Bestimmung des weiblichen Geschlechts. Und im Weltbild der zahlreichen Gruppen und Grüppchen im wachsenden völkisch-antisemitischen Lager ebenso wie auf Seiten des agrarischen Konservatismus war Feminismus als »Revolution unseres gesamten geistigen, wirtschaftlichen und politischen Lebens«[3] umstandslos gleichbedeutend mit dem Untergang der deutschen Nation. Die Kampfesweise der Antifeministen entsprach der einer modernen Interessenorganisation und war auf die Herstellung von Interessenkoalitionen, die Beeinflussung politischer Gremien durch Petitionen und persönliche Fürsprache sowie auf die Erlangung der Deutungskompetenz über die »Frauenfrage« in der öffentlichen Meinung ausgerichtet. Weil nicht wenige seiner prominenten Mitglieder gleichzeitig Funktionäre befreundeter Interessenorganisationen waren und dort als Herausgeber oder Redakteure der verbandseigenen Blätter fungierten, war der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation in diesem Punkt besonders erfolgreich. Von den »Alldeutschen Blättern« über die evangelische »Frauenhülfe« bis zur »Politisch-anthropologischen Revue« und der auflagenstarken »Deutschen Tageszeitung« des Bundes der Landwirte standen ihm eine ganze Reihe von Organen für die publizistische Meinungsmache zur Verfügung.

Der Blick auf den Widerstand gegen emanzipatorische Projekte macht deutlich, daß die Protagonistinnen der Frauenbewegung(en) in einem gesellschaftspolitischen Kräftefeld agierten, das ihren Aktionsradius beeinflußte und vielfach auch begrenzte. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich der Mut ihrer feministischen Herausforderung ebenso wie die vielfach geschmähten taktischen »Halbheiten« und Kompromisse angemessen bewerten. Dabei waren es nicht die »radikalen« Forderungen und Frauenvereine, die am stärksten die Aufmerksamkeit der Emanzipationsgegner auf sich zogen. Zwar unterließ es kaum einer der Antifeministen – um ein Beispiel zu nennen –, den Bund für Mutterschutz und Sexualreform zu verteufeln und das Schreckgespenst der sexuellen Revolution an die Wand zu malen. De facto aber diente dieser Hinweis im wesentlichen dazu, andere, eher konsensfähige Bestrebungen der Frauenrechtlerinnen in der Öffentlichkeit zu delegitimieren. Den weitaus größten Teil

ihrer Energie setzten die Emanzipationsgegner mehr oder minder erfolgreich für den Versuch ein, mit den Mitteln der Interessenpolitik die kleinen und daher eher realistischen Fortschritte der Frauenbewegung(en) zu blockieren und das Publikum gegen die »gemäßigte« Richtung mit ihren »berechtigten Forderungen« einzunehmen.

Bekanntlich waren aufgrund der Bildungsbestrebungen der Frauenbewegung die Pädagogen die erste Berufsgruppe, die gegen die Beschäftigung von Frauen Protest erhoben. Wenngleich der Erfolg ihrer Anstrengungen angesichts von Volksschullehrermangel und elterlichem Interesse an einer respektablen Berufsausbildung für ›unversorgte‹ Mittelschichtstöchter gering blieb, erreichten die Lehrerverbände um den rührigen Agitator und späteren Antifeministen-Chef Ludwig Langemann immerhin, daß laut preußischer Schulreform von 1908 die Quote der unterrichtenden Lehrerinnen in Mädchenklassen zwei und in Jungenklassen ein Drittel nicht überschreiten durfte. Auch gelang es nicht, das Primat des männlichen Familienversorgers aufzuheben, an das neben den Lehrerorganisationen auch andere von weiblicher Konkurrenz im öffentlichen Dienst betroffene und dem »Anti-Bund« angeschlossene Berufsverbände etwa bei der Post immer wieder appellierten (Nienhaus 1995, Planert 1998, Stodolsky 1988).

Auch in der Privatwirtschaft regte sich Widerstand gegen die unerwünschten Kolleginnen. Besonders hervor tat sich dabei der mit dem antifeministischen Bund eng verflochtene Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der unter Ausschluß von Frauen und Juden effektive Interessenvertretung mit völkischer Ideologie so erfolgreich verband, daß er in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg rund 40 Prozent aller organisierten männlichen Angestellten vereinte. Angesichts des steigenden Arbeitskräftebedarfs im tertiären Sektor gelang es den Handlungsgehilfen zwar nicht, die Einführung kaufmännischer Berufsschulen für Mädchen zu verhindern, doch mit der Unterstützung der bürgerlichen Presse erreichten sie immerhin, die berufsqualifizierenden Inhalte zugunsten der Vermittlung hauswirtschaftlicher Kenntnisse zurückzudrängen – ein Modell, das bis in die Lehrpläne an den Berufsschulen der Bundesrepublik überdauerte (Kerchner 1992, 144, Planert 1998).

Nur einen Teilerfolg erzielten die Gegner der Frauenbewegung dagegen auf dem Feld der Politik. Nachdem die Revision des preußischen Vereinsgesetzes Frauen 1908 den Schritt in die Politik juristisch ermöglicht hatte, kamen die Parteien in Zugzwang. Fast der gesamte engere Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) schloß sich den Linksliberalen an, und auch bei den Nationalliberalen nahm ein Ortsverein nach dem anderen weibliche Mitglieder auf. Harsche Proteste aus dem Umkreis des späteren Antifeministen-Chefs Ludwig Langemann änderten an der recht frauenfreundlichen Linie der nationalliberalen Fraktion um den Parteivorsitzenden Ernst Bassermann (dessen Ehefrau Julie Bassermann die nationalliberale Frauenorganisation ins Leben rief) ebenso wenig wie eine von Mitgliedern des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation angezettelte Kampagne im Kölner Parteiblatt »Deutscher Kurier«. Allerdings war es für die Nationalliberalen beschlossene

Sache, daß das Frauenstimmrecht nur auf kommunaler, nicht auf staatlicher Ebene zur Debatte stand.[4]

Während sich die Antisemiten-Parteien und die Freikonservativen ostentativ nicht mit der »Frauenfrage« beschäftigten, nahm das offizielle Organ der Deutsch-Konservativen nach der Gründung des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation zunächst bereitwillig Artikel aus dessen »christlich-nationaler Gruppe« auf. Verbindungsmann war der Frankfurter Pfarrer Julius Werner, der als ehemaliger Mitstreiter des Hofpredigers Adolph Stoecker im Fünfzigerausschuß der Konservativen saß. Dieses Leitungsgremium hatte noch im November 1912 die dezidierte Ablehnung des Frauenwahlrechtes in Kommune, Kirche und Staat beschlossen. Da die Partei nach ihrer katastrophalen Wahlniederlage 1912 jedoch auf weibliche Schützenhilfe nicht verzichten wollte, konnten die konservativen Parteimitglieder unter den Antifeministen nicht verhindern, daß die Vereinigung Konservativer Frauen unter dem Vorsitz von Paula Mueller im April 1913 grünes Licht erhielt. Die antifeministische Gegenwehr, vor allem in der Tageszeitung des mächtigen Bundes der Landwirte vorgetragen, erreichte aber immerhin, daß den Parteidamen auferlegt wurde, »frauenrechtlerischen Bestrebungen« abzuschwören, sich jeder »eigentliche(n) politische(n) Betätigung« zu enthalten und sich allen Beschlüssen der Parteileitung zu beugen. Die Parteiführung von der Notwendigkeit des Frauenstimmrechts in Kirchen und Gemeinden zu überzeugen, wie Paula Mueller das vorgehabt hatte, war vor diesem Hintergrund nicht möglich. Die Partei bestätigte ihren ablehnenden Beschluß gegen jede Form der politischen Partizipation von Frauen erneut und verwies damit alle Mitbestimmungswünsche in das Reich der Utopie.

Erfolgreich war der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation aber auch darin, dem »gemäßigten« Flügel des BDF das Leben schwer zu machen. Während Minna Cauer und ihre Mitstreiterinnen aus dem »Bund fortschrittlicher Frauenvereine« in persönlicher Konfrontation die Anwürfe der Emanzipationsgegner zurückwiesen, die Presse der »Radikalen« die »Antis«, wie sie unter Frauenrechtlerinnen salopp hießen, aber recht bald durch Nichtbeachtung strafte, schrieben die Funktionärinnen des »gemäßigten« Flügels gegen die Verleumdungen ihrer Gegner an, bis ihnen die »Feder müde« von den Richtigstellungen wurde. »An Irrtümern«, klagte Helene Lange 1913, habe der Bund der Emanzipationsgegner »mehr zusammengebracht, als die Zeit aller Frauenrechtlerinnen zusammengenommen zu berichtigen gestatten würde.«[5] Und Gertrud Bäumer seufzte in einem Brief an Paula Mueller: »Ich bin im Augenblick auch mit der unangenehmen Aufgabe der Berichtigung von 5 oder 6 Zeitungsartikeln beschäftigt. Einmal wird man sich ja durch diese Betriebsamkeit der Herren Gegner hindurchgebissen haben. Aber wer weiß, wie lange es noch dauert, bis man seine Zeit für besseres verwenden kann.«[6] Paula Mueller gab sogar eine mit »Zur Abwehr« betitelte Broschüre in Druck, die in kathechetischer Form der »Widerlegung der Angriffe gegen den Deutsch-Evangelischen Frauenbund« dienen sollte und sich heftig von der »Neuen Ethik« distanzierte. Sie fürchtete, durch die Polemik der Antifeministen hätten sich über die Ziele der Frauenbewegung im allgemeinen wie über den

Deutsch-Evangelischen Frauenbund im besonderen »im Publikum ... die verworrensten Begriffe« festgesetzt (Mueller 1913, 4). Entsprechend bemühte sie sich in der Broschüre zu zeigen, daß der Deutsch-Evangelische Frauenbund (DEF) weder sozialdemokratische noch liberale Absichten habe, nicht für die »mechanische Gleichstellung« der Geschlechter, sondern für die Frau als Hausfrau, Mutter und Gehilfin optiere, nicht für die »freie Liebe«, sondern für die »Heilighaltung der Ehe und der Familie« eintrete und trotz seiner Zugehörigkeit zum Frauenweltbund ausgesprochen national denke. Aus eben diesen »nationalen Gründen und aus solchen, die das Wohl der Familie beteffen«, hege man, so ließ Paula Mueller wissen, auch »sehr starke Bedenken gegen das Frauenwahlrecht« (ebd., 26).

In der Tat war es der »gemäßigte« Flügel der Frauenbewegung und insbesondere der DEF, der unter den Aktivitäten der Emanzipationsgegner am stärksten zu leiden hatte.[7] Angriffe auf den DEF von protestantisch-orthodoxer Seite hatte es gegeben, seit der DEF das kirchliche Frauenwahlrecht proklamiert hatte und dem BDF beigetreten war. Nach der Formierung des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation entfachte seine »christlich-nationale Gruppe« dann eine intensive, nicht nur in der Presse, sondern auch in kirchlichen Körperschaften wie der Inneren Mission ausgetragene Kampagne, die darauf zielte, eine Abspaltung des DEF vom Dachverband der Frauenbewegung zu erreichen oder ihm die kirchliche Legitimation zu entziehen.[8] Der unter Rückgriff auf eine Äußerung Anita Augspurgs vorgetragene Vorwurf, das kirchliche Stimmrecht diene nur als Einfallstor für weitergehende Forderungen,[9] nötigte den DEF nicht nur zu ständigem publizistischen Widerspruch, sondern zwang ihn auch dazu, mit Rücksicht auf die Gegner im Dezember 1912 bei einer außerordentlichen Ausschußsitzung seine Position zum Frauenwahlrecht zu präzisieren. Heraus kam dabei eine Distanzierung vom politischen Frauenwahlrecht »angesichts der heutigen Verhältnisse«, ohne es jedoch aus »prinzipiellen Gründen« abzuweisen[10] – eine Formulierung, die den antifeministischen Gegnern nicht weit genug ging, zusammen mit anderen Verlautbarungen Paula Muellers die deutsch-evangelischen Frauen aber nahe an den Ausschluß aus dem BDF brachte – hätte nicht Gertrud Bäumer die Aufhebung jenes Abkommens durchgesetzt, daß den DEF zur Neutralität in der Stimmrechtsfrage verpflichtete.[11] Paula Mueller selbst konnte sich durchaus Situationen vorstellen, in denen ihr die Ausübung des Wahlrechts durch konservative Frauen geboten schien. Ihr vorsichtiges Manövrieren in der Stimmrechtsfrage vor dem Ersten Weltkrieg war daher, so sah sie das auch selbst, der durch die Polemik der antifeministischen Liga aufgeheizten Atmosphäre geschuldet.[12]

Das im Fall des DEF von den Antifeministen angewandte Verfahren, die durchaus unterschiedlichen Positionen der bürgerlichen Frauenvereinigungen zu negieren und alle Frauenrechtlerinnen pauschal mit – überzogen und verfälscht dargestellten – ›radikalen‹ Positionen zu identifizieren, erwies sich auch in anderen Fragen als ebenso beliebt wie wirkungsvoll. Die »Antis« setzten sie vor allem dann ein, wenn es darum ging, die Frauenbewegung(en) in sexualmoralischer Hinsicht zu denunzieren und ihre nationale Zuverlässigkeit

zweifelhaft erscheinen zu lassen. Dabei knüpfte der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation geschickt an die lockere Organisationsform des BDF an. Aus der Tatsache, daß das Votum der Rechtskommission des BDF, den Paragraphen 218 zu streichen, auf seiner Generalversamlung 1908 nur mit knapper Mehrheit abgelehnt worden war, machten die Antifeministen die Behauptung, alle dem BDF angeschlossenen Verbände träten unterschiedslos für die »freie Liebe« ein. Nachdem ein Artikel in Minna Cauers »Frauenbewegung« für die Legalisierung der Abtreibung plädiert hatte, machte der Antifeministen-Bund den BDF insgesamt für diese Äußerung verantwortlich und sprach den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen das Recht ab, sich weiterhin als »zuverlässige Hüter der ›sexuellen Sittlichkeit und Reinheit der Ehe‹« darzustellen.[13] Mit Vorliebe gaben die Antifeministen die sexualpolitische Position des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform als die offizielle Haltung des BDF und des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes aus. An geeigneter Stelle in der konservativen Tagespresse plaziert, wurden diese Behauptung in evangelischen und konservativen Kreisen »von den Zeitungslesern grossenteils geglaubt«, schrieb Selma v.d. Groeben an Gertrud Bäumer und bat sie um eine erneute Distanzierung gegenüber den Sexualreformerinnen.[14] Ohne die genuin konservative Einstellung vieler BDF-Mitglieder in sexualmoralischen Fragen anzweifeln zu wollen, bleibt doch festzuhalten, daß die kompromißlose Haltung der gemäßigten Mehrheit gegenüber dem Mutterschutzbund ebenso wie das demonstrative Bekenntnis zu Ehe und Mutterschaft in einem Klima antifeministischer Anfechtungen nicht zuletzt der Furcht vor einer Delegitimierung der gesamten Bewegung geschuldet war. In ähnlicher Weise wird man die scharfe Verurteilung der Militanz englischer Suffragetten ebenso wie die harsche Kritik an der Teilnahme einiger »Radikaler« an der Haager Friedenskonferenz 1915 nicht nur als Ausfluß des persönlichen Konservatismus im BDF-Vorstand interpretieren können, sondern auch als taktisches Verhalten im Kontext eines innenpolitischen Klimas werten müssen, in dem, wie Gertrud Bäumer mit Blick auf die Politik der englischen Stimmrechtlerinnen schrieb »jede Ausschreitung der Suffragettes ... gegen uns ausgebeutet und als Abschreckungsmittel gegen unsere Ziele und Forderungen benutzt« wird.[15] Die Taktik des antifeministischen Bundes, Frauenrechtlerinnen als »Mannweiber«, »Urniden« (wie damals Lesben genannt wurden) und »sterile Jungfern« zu denunzieren und damit ihre Identität als Frauen in Frage zu stellen, ging auf. Dem konservativ-rechtsgerichteten Publikum, an das sich die Antifeministen wandten, war mit solchen Vokabeln unschwer zu suggerieren, daß mit solchen »Un-Frauen« kein Staat und keine nationale Großmachtpolitik zu machen war.

Vor dem Hintergrund solcher Angriffe kam es dem BDF darauf an, zur Wahrung seiner sozialen und politischen Akzeptanz nationale Zuverlässigkeit zu demonstrieren. Gegenüber der sexualmoralischen Diskreditierung durch die Emanzipationsgegner bemühte man sich, deutlich zu machen, daß die »gemäßigte« Frauenbewegung an den Normen bürgerlicher Ehrbarkeit festhielt und am Leitbild der Hausfrau und Mutter keine grundstürzenden Veränderungen vornehmen wollte. Auch die Haltung des BDF zur weiblichen Dienstpflicht und zur Bevölkerungspolitik – beides breitgeführte öffentliche Diskussionen,

die nicht die Frauenbewegung angezettelt hatte – läßt sich besser verstehen, wenn man diese gesellschaftspolitische Konstellation berücksichtigt und die Positionierung des BDF als Resultat der Interaktion mit antifeministischen Bestrebungen wertet.

Als Reaktion auf die nach den Bildungsreformen vielfältiger gewordenen weiblichen Qualifikationschancen versuchten eine ganze Reihe von bürgerlichen Zeitungen und männlichen Berufsverbänden, christlich-konservativen Protestanten und völkischen Ideologen mit der Propagierung ›weiblicher‹ Berufe ein Gegengewicht zu setzen. Der in bürgerlichen Kreisen mit einer Auflage von rund 300.000 Exemplaren vielgelesene »Kunstwart« verschrieb sich seit 1910 der Idee einer weiblichen Dienstpflicht, um anstelle außerhäuslicher Erwerbstätigkeit »die Mädchen wieder ans Haus zu gewöhnen und zu tüchtigen Wirtinnen zu erziehen« (Kunstwart 1909/10, Jg. 23, H. 21, 132). Auch Geistliche und Militärs forderten schon vor dem Ersten Weltkrieg mit Blick auf Krankenpflege und Kriegsvorbereitung die Einführung eines »weiblichen Dienstjahres« (Hohmann/Reichel 1917, Dammer 1988). Die Vorstellung einer notwendigen Professionalisierung vorgeblich ur-weiblicher Tätigkeitsfelder war populär – auch unter Frauen, wie die Formierung haus- und landwirtschaftlicher Frauenvereine vor dem Ersten Weltkrieg zeigt. Vor dem Hintergrund dieses politischen Klimas wird verständlich, daß der BDF um diese Organisationen warb und selbst einen Verband deutscher Hausfrauenvereine initiierte. Dieser Schritt vertrug sich sowohl mit der von den meisten »Gemäßigten« vertretenen Vorstellung geschlechtsspezifischer Sphären, die Frauen den Reproduktionsbereich zuwies, als auch mit dem Anspruch, Frauen unterschiedlicher weltanschaulicher Richtungen zu vertreten, um dadurch die eigene Einflußsphäre zu vergrößern. Zugleich ließ sich damit dem wohlfeilen, von Antifeministen vor, erst recht aber nach der Gründung des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation vielfach vorgetragenen Vorwurf begegnen, der BDF als »Fräuleinbewegung« wolle seine Anhängerinnen dem »Haus« und dem »Mutterberuf« entfremden.

Im Ersten Weltkrieg stieg die Bedeutung der hauswirtschaftlichen Arbeit beträchtlich. Vom effektiven Umgang mit Ressourcen hing das Überleben der Bevölkerung und die Fähigkeit zur Weiterführung des Krieges ab. Angesichts der Nahrungsmittelknappheit war die öffentliche Meinung rasch mit Vorwürfen gegen angeblich unzureichende Kenntnisse der Hausfrauen bei der Hand. Verantwortlich dafür gemacht wurde die Frauenbewegung mit ihrer vermeintlichen Geringschätzung der Arbeit in Haus und Familie (Kunstwart 1915/16, Jg. 28, H. 2, 204f.). In Reaktion auf diese Vorwürfe sprachen sich nun selbst weibliche Berufsorgansationen für ein hauswirtschaftliches Erziehungsprogramm aus (Lorentz 1988, 170), und auch das von Helene Lange 1915 vorgelegte Programm zur Frauendienstpflicht, das den Monopolanspruch der bürgerlichen Frauenbewegung auf den Bereich der sozialen Arbeit erneuerte, muß im Kontext der umfassenden gesellschaftlichen Diskussion über die Einführung eines hauswirtschaftlichen Dienstjahres für Frauen analog zur männlichen Wehrpflicht gesehen werden (Zahn-Harnack 1928, 233–35). Während die »Radikalen« diesen Plänen nichts abgewinnen konnten, sah die Mehrheit

der »Gemäßigten« im BDF in der Frauendienstpflicht ein Mittel, junge Frauen zu sozialer und staatsbürgerlicher Verantwortung zu erziehen. Die Debatte um die weibliche Dienstpflicht gab dem Dachverband die Möglichkeit, gegen die Angriffe der Antifeministen Staatstreue und nationale Gesinnung der bürgerlichen Frauenbewegung ebenso wie ihr Bekenntnis zur »Mütterlichkeit« unter Beweis zu stellen und gleichzeitig der Forderung nach politischer Mitbestimmung Nachdruck zu verleihen. Denn daß die Einführung der Frauendienstpflicht die staatsbürgerliche Gleichheit der Geschlechter voraussetzte, daran hielt Helene Lange in der »Frau« trotz empörten Widerspruchs aus dem Lager der Gegner fest (Die Frau 1912/13, Jg. 20, 193).

In ähnlicher Weise ist auch die Haltung des BDF zur Bevölkerungspolitik als eine Gemengelage aus Reaktion auf antifeministische Vorwürfe, dem Wunsch, auf aktuelle Debatten Einfluß zu nehmen und der nationalen Überzeugung im Kreis um Gertrud Bäumer zu sehen. Seit der Bund für Mutterschutz und Sexualreform die »Neue Ethik« der freien Wahl von Lebens- und Liebesverhältnissen verkündet hatte, war die Kritik aus dem Lager von Christen und Konservativen, Nationalisten und Rassehygienikern nicht mehr verstummt. Die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen berührte die Grundpfeiler der christlichen Ethik und bürgerlichen Moral ebenso wie den Wunsch nach militärischer Stärke und die Vorstellung »rassischer« Überlegenheit. Weil sie den als selbstverständlich vorausgesetzten Beitrag der Frauen zur Reproduktion von Volk, »Rasse« und Nation bedrohte, wurde die Frauenbewegung zunehmend als »biologische Gefahr« begriffen (Reibmayr 1906/07) und für den Rückgang der »völkische(n) Fruchtbarkeit« verantwortlich gemacht. Rassenantisemiten wie Philipp Stauff, einer der Mitbegründer der antifeministischen Liga, zeigten sich überzeugt, daß »die Scheu vor dem Kinde weit allgemeiner (ist) als der ›Schrei nach dem Kinde‹, von dem unter hysterischen Jungfräulein unserer Zeit so viel Wesen gemacht wird« (Stauff 1909, 238). Die Rede von der geburtenmindernden Frauenerwerbstätigkeit und der zu intellektuell ausgerichteten Mädchenerziehung wurde in den rechtsgerichteten Blättern zum antifeministischen Topos und erhielt 1912 die Weihen regierungsamtlicher Bestätigung, als der rheinische Medizinalrat Jean Bornträger im Auftrag des Preußischen Innenministeriums ultimativ die »Eindämmung der Frauenemanzipation« forderte, um dem angeblichen Geburtenrückgang abzuhelfen. Feministische Bestrebungen galten ihm, der von den antifeministischen Berufsverbänden den Topos der ›weiblichen Schmutzkonkurrenz‹ übernahm, als »Jungfrauenbewegung«, die »ehehemmend« und »entsittlichend« wirke (Bornträger 1912, 152f.). Und auch die Kirche hielt sich mit einschlägigen Urteilen nicht zurück: Reinhold Seeberg, einer der bekanntesten evangelischen Theologen seiner Zeit, machte 1913 für die Trennung von Sexualität und Fruchtbarkeit den »von der radikalen Frauenbewegung auf das höchste gesteigerte(n) weibliche(n) Egoismus« verantwortlich (Seeberg 1913, 34 und 41f.).

Während des Ersten Weltkrieges mit seinen Hunderttausenden von Toten fielen immer mehr Stimmen in den Kanon derjenigen ein, die mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen Frauen auf ihren »Gattungszweck« verpflichten wollten. Da, wie Max von Gruber, der antifeministische Vorsitzende der Deut-

schen Gesellschaft für Rassenhygiene forderte »aus dem Schoß unserer Frauen ... uns die Heere erwachsen (müssen), die wir brauchen« (Gruber 1915/16, 55), nahmen immer mehr völkische und nationalistische Vereinigungen bevölkerungspolitische Leitsätze in ihr Programm auf. Pronatalistische Vereinigungen schossen wie Pilze aus dem Boden, und viele davon waren wie der Schutzbund fürs Deutsche Weib oder der Bund für deutsche Familie und Volkskraft institutionell oder qua Personalunion mit dem Deutschen Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation verbunden. Carl von Behr-Pinnow, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Säuglingsschutz und zeitweilig Chef der antifeministischen Liga, verfügte als Kabinettsrat der Kaiserin darüber hinaus über beste Beziehungen zur Politik. Wie Behr-Pinnow auf der Gründungsversammlung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik wiesen viele andere Pronatalisten die Schuld am Geburtenrückgang der Frauenbewegung zu, die unter immer stärkeren Rechtfertigungsdruck geriet (Planert 1998, 199–214, Bergmann 1992). Schon im Herbst 1914 hatte der BDF ein Frauenprogramm zur Bevölkerungsfrage verabschieden wollen, um damit »ein Vorurteil zu entkräften, das von den Gegnern der Frauenbewegung mit einer gewissen absichtlichen Zähigkeit festgehalten wird ... daß die Frauenbewegung, die Berufstätigkeit der Frau über die Mutterschaft stellt und von der Bevölkerungspolitik nur als ein negativer Faktor angesehen werden kann« (Bäumer, IV). Die dafür anberaumte Generalversammlung kam wegen des Krieges nicht zustande. Deshalb stellte der BDF seine Jahrestagung 1916 unter das Motto »Frauenberufsfrage und Bevölkerungspolitik« und behandelte die Frage: »Wie schafft das deutsche Volk sich an Zahl genügend viele, möglichst gesunde, kraftvolle, tatenfrohe Menschen?« (Baum, 103). Waren bei dieser Tagung auch viele von der »Aufgabe der Frau als Mutter eines starken und blühenden kommenden Geschlechts« und für das »gesunde Wachstum« der Nation überzeugt (Bäumer, III; Baum, 112), wies Gertrud Bäumer dennoch deutlich alle staatlichen Interventionsvorhaben zurück und insistierte auf der weiblichen Freiheit zur Selbstbestimmung und auf dem Selbstzweck des Menschen, der nicht zum Mittel staatlicher Politik erniedrigt werden dürfe.[16]

Der politische Kurs des BDF darf, so bleibt festzuhalten, nicht nur als Ausdruck persönlicher Vorlieben im Führungsgremium oder als Resultat interner Kräfteverhältnisse gesehen werden, sondern ergab sich auch in Interaktion mit dem gesamtgesellschaftlichen Umfeld und politischen Gegnern. Daß diese unterschiedlichen Ebenen einander nicht ausschlossen, sondern ergänzten, zeigt sich am bekannten Beispiel der Diskussion um die Nachfolge Gertrud Bäumers in der Bundesleitung. Statt der ursprünglich favorisierten Alice Salomon wurde schließlich mit Marianne Weber eine verheiratete Frau zur Vorsitzenden des BDF gewählt, die nicht nur das Prestige Max Webers im Hintergrund hatte, sondern dazuhin bekanntermaßen keine Jüdin war. Diese Entscheidung war deutlich durch das taktische Motiv bestimmt, den Gegnern der Frauenbewegung mit ihrem ständigen Vorwurf, die »Fräuleinbewegung« sei von jüdischen Interessen gesteuert, keine Angriffsfläche zu bieten (so auch Bereswil/Wagner 1997). Jenseits des Kalküls aber lassen sich auch im BDF »Erscheinungsformen des Antisemitismus« nachweisen (Dürkopp 1984,

Kaplan 1984, Wawrzyn 1999). Daß der BDF nach dem Machtantritt der Nazis umgehend den Jüdischen Frauenbund aus dem Verband drängte (Blätter des Jüdischen Frauenbundes 1934, Jg. 10, H. 3, 3) machte drastisch klar, zu welchen Kompromissen er bereit war, um sich gleichsam aus der Schußlinie zu bringen. Dieser Schritt kam nicht überraschend, sondern stellte – unter ungleich dramatischeren Umständen – die Fortsetzung der im Kaiserreich entwickelten Linie dar, Widerstand mit Zugeständnissen zu begegnen – eine Haltung, die politischen Gegnern allzu große Macht einräumte.

Anmerkungen

1 Vgl. Jakoby 1871, Nathusius 1871, von Stein 1875, Twellmann 1972, Bussemer 1985.
2 Vgl. mit der neuesten Literatur Schmersahl 1998.
3 Vgl. Ilse Rippert: Verlorene Eigenart. In: *Deutsche Tageszeitung*, Nr. 220, 12.5.1906. Es handelte sich um eine Besprechung von Stefan v. Kotze (1904): Altjungfernkoller. Randbemerkungen zur Feministik. Berlin.
4 Vgl. Ollendorf, Kurt (1913): Männer machen die Geschichte. In: *Deutscher Kurier* (Köln), Nr. 80, 4.4.1913; Philipp, Hans (1914): Die politische Schulung der Frau. In: ebd., Nr. 86, 11.4.1914; Dr. de Jonge (1914): Der richtige Mittelweg in der Frauenfrage. In: ebd., Nr. 78, 1.4.1914; Schrohl (1914): Verlangen die deutschen Frauen das Stimmrecht? In: ebd., Nr. 87, 12.4.1914 und Nr. 106, 6.5.1914. Zur Integration von Frauen in die liberalen Parteien vgl. Schaser 1995.
5 Vgl. Helene Lange (1913): Der Bund zur Verbreitung von Irrtümern. In: *Die Frau*, Jg. 20, H. 1, S. 27–35, Zitate S. 29 und 35.
6 Brief vom 27.6.1914, Helene-Lange-Archiv, BDF, Film 13–45/2.
7 Mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung setzten sich die Antifeministen dagegen nicht auseinander. Zum einen, weil hier kein frauenrechtlerischer Einbruch in das eigene bürgerliche Lager zu befürchten war, zum anderen, weil man die Sozialdemokratinnen generell dem »inneren Reichsfeind« SPD subsumierte. Auf die gleiche Weise dürfte sich erklären, warum auch die katholische Frauenbewegung in der Presse der Emanzipationsgegner keine Erwähnung fand. Beim Versenden von Broschüren und Flugschriften hingegen fanden auch katholische Würdenträger Beachtung, vgl. Dom- und Diözesanarchiv Mainz, FXV, Deutscher Bund gegen die Frauenemancipation 1915.
8 Zur Auseinandersetzung zwischen dem DEF und den Antifeministen vgl. Planert 1998, 45–53 und 161–171 sowie Baumann 1992, 204–216, die in einer breit angelegten Studie das Verhältnis von Protestantismus und Frauenemanzipation differenziert auslotet.
9 Nach einem Bericht der *Täglichen Rundschau* vom 5.10.1905 soll Anita Augspurg im Zusammenhang mit der Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine gesagt haben, »daß die besondere Bemühung um Erlangung des kirchlichen Wahlrechts nicht einem hervorragenden konfessionellen Interesse, sondern taktischen Erwägungen entspringe, da dieses Stimmrecht augenblicklich am Leichtesten zu erringen sei«. Welche Bedeutung dieser Äußerung en passant zugewiesen wurde, zeigt sich nicht nur daran, daß der Evangelische Oberkirchenrat diesen Zeitungsauschnitt in seiner Sammlung zur Frauenbewegung aufbewahrt hatte (vgl. Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Bestand 7, Nr. 1251, Bl. 24), sondern auch an antifeministischen Texten, die ständig mit dem Vorwurf des »taktischen« Manövers operierten.
10 Vgl. Paula Mueller (1912), Die Ausschußsitzung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes. In: *Evangelische Frauenzeitung*, Jg. 13, H. 6, S. 41f.
11 Vgl. die Korrespondenz zwischen Gertrud Bäumer und Paula Mueller im Helene-Lange-Archiv, BDF, Film Nr. 1239.

12 Vgl. das Schreiben Paula Muellers an Gertrud Bäumer vom 20.9.1912, ebd. sowie Paula Mueller: Prinzipiell. In: *Evangelische Frauenzeitung*, Jg. 14, Nr. 1, lf.
13 Vgl. Berliner *Neueste Nachrichten*, Nr. 356, 15.7.1912 sowie »Auch in Dokument der Frauenbewegung«. In: *Monatsblatt des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation*, Jg. 1 (1912), Nr. 11, 99. Das Blatt bezog sich auf die *Frauenbewegung* vom 15.4.1912.
14 Vgl. ihren Brief vom 20.12.1913, Helene-Lange-Archiv, BDF, Film Nr. 13–45/2.
15 Vgl. den Briefwechsel zwischen Gertrud Bäumer und Paula Mueller, Helene-Lange-Archiv, BDF, Film Nr. 12–45/2.
16 Vgl. Bäumer (1917) und Jahrbuch des BDF 1917, S. IV.

Literatur

Baum, Marie (1917): Fragen der sozialhygienischen Bevölkerungspolitik. In: *Frauenberufsfrage und Bevölkerungspolitik. Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine 1917, Leipzig*, S. 101–115.
Bäumer, Gertrud (1917): Vorwort. In: ebd., S. III–IV.
Dies., Staat und Familie. In: ebd., S. 75–85.
Baumann, Ursula (1992): *Protestantismus und Frauenemanzipation in Deutschland, 1850–1920*. Frankfurt/M.
Bereswil, Mechthild/Wagner, Leonie (1997): »Eine rein persönliche Angelegenheit«. Antisemitismus und politische Öffentlichkeit als Konfliktfeld im Bund Deutscher Frauenvereine. In: *Die Philisophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie*. H. 15, S. 9–23.
Bergmann, Anna (1992): Die verhütete Sexualität. Die Anfänge der modernen Geburtenkontrolle. Hamburg.
Bischoff, Theodor Ludwig Wilhelm (1872): *Das Studium und die Ausübung der Medizin durch Frauen*. München.
Bötticher, Georg (Hrsg.) (1906): *Vom Über-Weiblichen. Heitere Glossen zur Frauenfrage*. Erlangen.
Bornträger, Jean (1912): *Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Bewertung und Bekämpfung. Auf Grund amtlichen und außeramtlichen Materials*. Berlin.
Brockhaus' Konversations-Lexion (1884). Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie. 13. Aufl., Bd. 7, Leipzig.
Bussemer, Herrad-Ulrike (1985): *Frauenemanzipation und Bildungsbürgertum. Sozialgeschichte der Frauenbewegung in der Reichsgründungszeit*. Weinheim.
Dammer, Susanna (1988): *Mütterlichkeit und Frauendienstpflicht. Versuche der Vergesellschaftung ›weiblicher Fähigkeiten‹ durch eine Dienstverpflichtung (Deutschland 1890–1918)*. Weinheim.
Dürkopp, Marlies (1984): Erscheinungsformen des Antisemitismus im Bund Deutscher Frauenvereine. In: *Feministische Studien*, Jg. 3, H. 1, S. 140–149.
Glage, Max (1915): *Das Weib schweige in der Gemeinde! Eine zeitgemäße Warnung vor der Frauenrechtsbewegung in unserem deutschen Christenvolk*. Hamburg.
Greven-Aschoff, Barbara (1981): *Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933*. Göttingen.
Gruber, Max von (1915/16): Die Sicherung unserer Zukunft. In: *Süddeutsche Monatshefte*, Jg. 12, H. 1, S. 49–56.
Hohmann, Reichel (1917): *Die Dienstpflicht der deutschen Frauen*. Berlin.
Jakoby, Hermann (1871): *Die Grenzen weiblicher Bildung*. Gütersloh.
Kaplan, Marion (1984): Sisterhood under Siege. Feminism and Anti-Semitism in Germany, 1904–1938. In: Renate Bridenthal u. a. (Hrsg.): *When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany*. New York 1984.

Kerchner, Brigitte (1992): *Beruf und Geschlecht: Frauenberufsverbände in Deutschland 1848–1908.* Göttingen.

Kotze, Stefan von (1904): *Altjungfernkoller. Randbemerkungen zur Feministik.* Berlin.

Lorentz, Ellen (1988): *Aufbruch oder Rückschritt? Arbeit, Alltag und Organisation weiblicher Angestellter in der Kaiserzeit und Weimarer Republik.* Bielefeld.

Möbius, Paul Julius (1900): *Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes.* Halle.

Mueller, Paula (1913): *Zur Abwehr. Eine Widerlegung der Angriffe gegen den Deutsch-Evangelischen Frauenbund.* Berlin.

Nathusius, Philipp von (1871): *Zur Frauenfrage.* Halle.

Nienhaus, Ursula (1995): *Vater Staat und seine Gehilfinnen. Die Politik mit der Frauenarbeit bei der deutschen Post (1864–1945).* Frankfurt/Main.

Planert, Ute (1996): Im Zeichen von »Volk« und »Nation«: Emanzipation durch Emanzipationsgegnerschaft? In: *Frauen und Nation*, hrsg. von »Frauen & Geschichte« Baden-Württemberg. Tübingen, S. 190–203.

Planert, Ute (1998): *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität.* Göttingen

Planert, Ute (2000): Zwischen Partizipation und Restriktion. Frauenemanzipation und nationales Paradigma von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. In: Dieter Langewiesche/Georg Schmidt (Hrsg.): *Deutsche Nation.* München.

Riehl, Wilhelm Heinrich (1855): *Die Familie. Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik,* Bd. 3. Stuttgart und Augsburg.

Reibmayr, Albert (1906/07): Die biologischen Gefahren der heutigen Frauenemanzipation. In: *Politisch-anthropologische Revue*, Jg. 5, H. 8, S. 445–468.

Schaser, Angelika (1996): Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien 1908–1933, in: *HZ* 263, 1996, S. 641–680.

Schmersahl, Katrin (1998): *Medizin und Geschlecht. Zur Konstruktion der Kategorie Geschlecht im medizinischen Diskurs des 19. Jahrhunderts.* Opladen.

Seeberg, Reinhold (1913): *Der Geburtenrückgang in Deutschland. Eine sozialethische Studie.* Leipzig.

Stauff, Philipp (1909): Völkische Fruchtbarkeit. In: *Alldeutsche Blätter*, Jg. 19, Nr. 28, S. 238.

Stein, Lorenz von (1875): *Die Frau auf dem Gebiet der Nationalökonomie.* Stuttgart.

Sybel, Heinrich von (1870): *Über die Emancipation der Frauen.* Vortrag, gehalten zu Bonn am 12. Februar 1870. Bonn.

Twellmann, Margrit (1972): *Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung. Quellen 1843–1889.* Meisenheim am Glan.

Weckel, Ulrike (1996): Der Fieberfrost des Freiherrn. Zur Polemik gegen weibliche Gelehrsamkeit und ihren Folgen für die Geselligkeit der Geschlechter. In: Elke Kleinau/Claudia Opitz (Hrsg.), *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Bd. 1, S. 360–372. Frankfurt/M., New York.

Wawrzyn, Heidemarie (1999): *Vaterland statt Menschenrecht. Formen der Judenfeindschaft in den Frauenbewegungen des Deutschen Kaiserreiches.* Marburg.

Weininger, Otto (1903): *Geschlecht und Charakter. Eine prinzipielle Untersuchung.* Wien, Leipzig.

Zahn-Harnack, Agnes von (1928): *Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele.* Berlin.